

Sessionsvorschau

Empfehlungen des Mieterinnen- und Mieterverbands

Wintersession 2025

Die Geschäfte zu Mieten und Wohnen im Ständerat

Rat	Datum	Geschäft	Empfehlung
SR	Donnerstag, 4. Dezember	25.3857 Po. Sommaruga Carlo. Massnahmen für sozial benachteiligte Mieterinnen und Mieter, die in den Ruhestand gehen oder bei Abriss- oder Renovierungsarbeiten ausziehen müssen	Annahme
SR	Montag, 15. Dezember	25.026 BRG. «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)». Volksinitiative	Ablehnung
SR	Mittwoch, 17. Dezember	25.063 BRG. Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27)	Streichung von zwei Massnahmen

Die Geschäfte zu Mieten und Wohnen im Nationalrat

Rat	Datum	Geschäft	Empfehlung
NR	Dienstag, 16. Dezember	25.019 BRG. Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (Sanierungsverfahren für natürliche Personen); Änderung	Annahme

Die Geschäfte zu Mieten und Wohnen im Ständerat

Donnerstag, 4. Dezember 2025

25.3857 Po. Sommaruga Carlo. Massnahmen für sozial benachteiligte Mieterinnen und Mieter, die in den Ruhestand gehen oder bei Abriss- oder Renovierungsarbeiten ausziehen müssen

Der Mieterinnen- und Mieterverband stellt fest, dass viele Rentner*innen, die zur Miete wohnen und über eher tiefere Einkommen verfügen, zunehmend stärker von den steigenden Mietpreisen betroffen sind. Aktuelle Studien belegen eine Belastungsquote von bis zu 40%. Gleichzeitig führen Abriss- und Neubauprojekte sowie umfangreiche Renovationen dazu, dass Mieter*innen in prekären Verhältnissen schlicht verdrängt werden. Dieses Phänomen betrifft alle urbanen Zentren und immer stärker auch ihre Agglomerationen – komplett ohne griffige Schutz-Massnahmen auf nationaler Ebene. Es ist unerlässlich, dass der Bundesrat diese Probleme analysiert und strukturelle Lösungen vorschlägt.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt dieses Postulat zur Annahme

Montag, 15. Dezember

25.026 BRG. «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)». Volksinitiative

Die Volksinitiative der SVP gibt vor, Lösungen zu bieten «gegen steigende Mieten und Wohnungsknappheit». Doch die Initiative lenkt von den wahren Ursachen der Wohnungskrise ab. Sie gibt vor, die Schwierigkeiten beim Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu lösen, indem sie die Personenfreizügigkeit einschränkt, obwohl diese kein Instrument der Wohnungspolitik ist. Die Personenfreizügigkeit ist ein Instrument zur Regulierung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern innerhalb der Europäischen Union. Das Ausmass der Zuwanderung aus der EU hängt in erster Linie von wirtschaftlichen Faktoren und der Schweizer Steuerpolitik ab und nicht von einer einseitigen politischen Entscheidung.

Das Problem sind nicht die Menschen, die in die Schweiz einwandern und eine Wohnung suchen. Das eigentliche Problem ist das Verhalten der Immobilien-Konzerne, welche die Wohnkrise ausnutzen, um die Mietpreise immer stärker explodieren zu lassen.

Will die Schweiz mehr Fachkräfte für die offenen Arbeitsplätze anziehen, so müssen die Behörden dafür sorgen, dass das Wohnungsangebot mit dieser demografischen Entwicklung Schritt hält. Das bedeutet, mehr bezahlbaren, qualitativ hochwertigen Wohnraum zu schaffen und endlich die verfassungsrechtlichen Verpflichtungen zur Bekämpfung missbräuchlicher Mietpreise zu erfüllen.

Der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz hat den zuständigen Bundesräten bereits im November 2024 einen **offenen Brief** zugestellt und sich zur SVP-Initiative wie auch zur Wirksamkeit der Begleitmassnahmen geäussert.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt die Ablehnung der eidgenössischen Volksinitiative

25.063 BRG. Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27)

Der Mieterinnen- und Mieterverband hatte sich bereits an der Vernehmlassung zum Entlastungspaket beteiligt. Zwei Massnahmen sind aus Sicht der Mietenden besonders zu kritisieren:

Massnahme 3.12 Kürzung der indirekten Presseförderung

Der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz betreibt drei Mitgliedermagazine (Mieten und Wohnen, Droit au logement, Inquilini Uniti), die kontinuierlich Fachinformationen zu Wohn- und Mietfragen liefern. Die MV-Mitgliedschaftspresse ergänzt damit die aktualitätsbezogene Tages- und Wochenpresse, in dem sie vertieft und kontinuierlich über Themen berichtet, die die Mietenden besonders interessieren. Die Publikationen von nicht gewinnorientierten Organisationen wie dem Mieterinnen- und Mieterverband übernehmen damit eine wichtige Informationsrolle und tragen zum Zusammenhalt über die Sprachgrenzen hinaus und damit zur Demokratie bei. Mit der indirekten Presseförderung für die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse wird diese Rolle gefördert.

Der Mieterinnen- und Mieterverband fordert, dass die Massnahme 3.12 aus dem Sparprogramm gestrichen wird.

Massnahme 3.31 Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik

Die CO₂-Abgabe wird sowohl von Eigentümer*innen als auch von Mietenden bezahlt. Ein Teil dieser Einnahmen fliesst derzeit in das Gebäudeprogramm. Der MV hat dieses Prinzip stets unterstützt: Diejenigen, die die Abgabe finanzieren, profitieren auch von den damit ermöglichten energetischen Sanierungen. Diese Logik würde durchbrochen, wenn ein Teil der Mittel für neue Technologien statt für die Sanierung von Gebäuden verwendet würde. Ohne Förderprogramm ist mit höheren Mietzinsaufschlägen zu rechnen, was die Sozialverträglichkeit energetischer Sanierungen schmälert und den Widerstand gegenüber Gebäudesanierungen erhöht.

Der Mieterinnen- und Mieterverband lehnt daher die Streichung der 400 Millionen Franken für das Gebäudeprogramm entschieden ab.

Dienstag, 16. Dezember 2025

25.019 BRG. Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (Sanierungsverfahren für natürliche Personen); Änderung

Personen, die ihre Schulden nicht zurückzahlen können, haben grosse Schwierigkeiten bei der Suche nach einer neuen Wohnung. Meist müssen sie einen Auszug aus dem Betreibungsregister vorlegen. Ausserdem riskieren sie die Kündigung ihres Mietvertrags, wenn sie in Verzug mit ihrer Mietzahlungen sind. Die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Verlusts einer Wohnung sind einschneidend und meist langfristig destabilisierend. Die Aussicht, wieder schuldenfrei zu leben, ist für Schuldner*innen ein Anreiz, ihre Situation schnellst möglich zu sanieren. Das neue Sanierungsverfahren für natürliche Personen wird dazu beitragen, die negativen Folgen der Überschuldung für die Betroffenen, ihre Angehörigen und damit für die gesamte Gesellschaft zu verringern.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt diese Änderung zur Annahme

Kontakt



Linda Rosenkranz, Generalsekretärin
Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MV)
linda.rosenkranz@mieterverband.ch
031 301 90 50
079 743 50 47



Pauline Crettol, stv. Generalsekretärin
Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MV)
pauline.crettol@asloca.ch
031 301 90 19
079 648 76 14

Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MV)

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

031 301 90 50

info@smv-asloca-asi.ch

www.mieterverband.ch | www.asloca.ch